

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Belegzahl 1,50 RM. Inlandsendung 10 Pf. Auslandsendung 15 Pf. Alle Werbeanzeigen, Ankündigungen und Geschäftsstellen werden nach Maßgabe der allgemeinen Geschäftsbedingungen angenommen. Im Krieg oder sonstigen besonderen Umständen ist die Preisgestaltung vorbehalten. — Rücksendung eingekaufter Belegblätter erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abgabepreis: die 8-seitige Nummer 20 Pf., die 4-seitige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-seitige Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennig. Die Beilagen sind im Verlag zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Jede Haftung für die Richtigkeit der Angaben ist ausgeschlossen. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Jede Haftung für die Richtigkeit der Angaben ist ausgeschlossen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 78 — 91. Jahrgang Seleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Montag, den 4. April 1932

Der jüngste Kaiser.

Der Streit um die Mandschurei hat nach der tatsächlichen Besitzergreifung dieses Gebietes durch die Japaner zunächst zur Selbständigkeitserklärung dieses ehemals chinesischen Territoriums geführt. Als Oberhaupt wurde der frühere chinesische Kaiser Pu Yi eingesetzt. Die folgenden Ausführungen aus der Feder des Dozenten am Berliner Seminar für orientalische Sprachen, Dr. Kurt Schickel, sind in der „Welt“ veröffentlicht.

Eine alte Mandschulegende will heute allmählich in Erfüllung gehen. Der jüngste Spross aus der Tsingdynastie, so erzählt sie, sollte zwar „der unglücklichste“ unter allen Gebietern dieses Herrscherhauses sein, er sollte auch gezwungen werden, seine Macht und sein Gebiet zu verlassen. Das Schicksal hätte ihm aber als „dem Ausserordentlichen“ auch das höchste Glück bereitet, die Macht seiner Väter in ihrem alten Ruhm wieder herzustellen.

Es war im 17. Jahrhundert, als mandschurische Horden das alte Kulturreich China überfielen, das einheimische Herrscherhaus stürzten und dort ihr eigenes Kaiserreich, die Tsingdynastie, auf den Thron setzten. China wurde an das mandschurische Reich angegliedert. Die Hauptstadt des neuen Herrscherhauses wurde aus Peking nach Peking verlegt. Etwa 300 Jahre lang (1644 bis 1912) beherrschten elf Mandschulkaiser nacheinander das Reich der Mitte unumschränkt: als „Boghdilhan“, als „Söhne des Himmels“.

1911 brach in China unter Führung Dr. Sunjatsens eine nationale Revolution aus. Auf dem kaiserlichen Thron saß damals — seit 1908 — der sechsjährige „Boghdilhan“ Hünghün. Der national-chinesische Umsturz rief ihn vom Thron und machte damit der Fremdherrschaft der Mandschu ein Ende. Am 21. Januar 1912 mußte die Kaiserin-Witwe ein Dekret unterzeichnen, das einen formellen Verzicht bedeutete. Der ehemalige kleine „Boghdilhan“ nahm — nunmehr unter dem Namen Prinz Pu Yi — als ein wirklicher Gefangener seinen Wohnsitz in dem sog. Purpurpalast, in dem „verbotenen“ Stadtteil von Peking. Pu Yi verbrachte dort zehn Jahre, umgeben von einigen Lehrern und Erziehern, geistig beeinflusst von dem Engländer Johnston. Als 1921 der „christliche General“ Feng die Hauptstadt Peking besetzte, siedelte Pu Yi in das Vorkriegerviertel über zu seinem englischen Lehrer Joshiawa, dem heutigen Außenminister Japans, damals Vorkämpfer in Peking; er legte sofort eine besondere „Aufmerksamkeit“ für Pu Yi an den Tag, nahm ihn unter seinen „Schutz“ und schickte ihn 1924 nach Tientsin in die dortige japanische Konzeption. Man erkennt den Zusammenhang; als Erfüllung der alten Mandschuprophezie soll die „Herrschaft“ des nun frischgebadenen mandschurisch-mongolischen Staates gelten. In der Person des Prinzen Pu Yi, dem letzten Mandschulkaiser, der neuen Republik. Beides aus Japans Gnade!

Die Japaner pflegen nur wenig über ihren neuen Schützling zu sprechen. Amerikanische und russische Presseorgane wissen aber von ihm noch einiges andere zu erzählen. Der junge Mann mit der auffallenden Hornbrille besitzt, den Angaben seines ihm nahe verwandten Prinzen Kun zufolge, einen sehr schwachen Charakter. Er unterwerfe sich sehr leicht und bedingungslos fremden Einflüssen; er sei eine durch und durch „bescheidene und schüchterne Natur“.

Wenn auch das heutige — allerdings nur nominelle — Mandschubereich Puvis nur einen kleineren Teil seines früheren Kaiserreiches ausmacht, so ist die Mandschurei immerhin dreimal so groß wie Japan selbst. Das alte Staatsgebiet — in Wirklichkeit also eine verwerfliche Kolonie Japans — umfaßt 1.197.000 Quadratkilometer Flächeninhalt und zählt etwa 30 Mill. Einwohner. Japan hat auch die Nachbargebiete der Mongolei und des nordchinesischen Bezirkes Jehol als „untrennbare Teile“ der neuen „souveränen Republik“ erklären lassen. Außerdem alte und historische Hauptstadt der Mandschu, hat als neue Hauptstadt und verhältnismäßig unbedeutenden Ort die größte Stadt des Landes ist Chharbin in der Nordmandschurei mit etwa 400.000 Einwohnern. Die Mandschurei ist überhaupt ein von Natur aus reichgelegnetes Land: Sojabohnen, ein für die Margarineindustrie besonders wichtiger Rohstoff, werden dort in großen Mengen produziert. Die Landesbewohner sind aber in überwältigender Mehrheit Chinesen; sie sind erst im letzten Jahrzehnt aus Nordchina nach der Mandschurei ausgewandert. Die Japaner selbst zählen dort kaum 200.000 Japaner, ebensoviel wie die in der Mandschurei wohnenden Russen. Die Arbeiter des Landes, die eigentlichen Mandschu, sind heute so gut wie ausgestorben. Ihre Überreste sprechen nur noch chinesisch. Das Mandschurische gehört zum tungusischen Stamm der Ural-sibirischen Sprachgruppe, wird aber heute nur noch von sehr wenigen gesprochen. Die Japaner sind eifrig bemüht, die Mandschu als einen „eigenen Volksstamm“ die und da nach aussändig zu machen und sie den Chinesen entgegenzusetzen — aber nur um eine Art Deckmantel für ihre imperialistische Zwecke zu haben.

Der Burgfrieden beendet.

Der Wahlkampf beginnt.

Der politische Osterfrieden ist mit dem 3. April zu Ende gegangen. Die Parteien haben den Burgfrieden dazu benutzt, um in aller Stille ihre Propagandavorbereitungen für den 10. April zu treffen. Die Touren für die Redner wurden festgelegt, die Flugblätter gedruckt und die Propagandaartikel abgesetzt. Allerdings bietet diesmal der Wahlkampf für Preußen und für die anderen Länder mit Parlamentenwahlen Schwierigkeiten, wie man sie bisher noch nicht gekannt hat. Die beiden Wahltage, der 10. und der 24. April, liegen sehr nahe beieinander, und die Parteien haben sich vor die Frage gestellt, wo hin sie das Schwergewicht legen, für welchen Tag sie die größeren Opfer bringen sollen. Denn beide Tage mit voller Kraft anzupacken, dafür hat keine Partei die nötigen Mittel.

Die Deutschnationalen haben die Konsequenzen aus den Zahlen des 13. März gezogen und haben sich entschlossen, ihre ganze Kraft dem

Kampf um Preußen

am 24. April zu widmen. Auch außerhalb dieser Partei werden sicher weite Kreise im stillen der Anschauung sein, daß sich die Tatsachen des 13. März am 10. April nicht mehr ändern lassen, und sehr viele werden den Aufwand für den 10. April nicht verstehen. Vielleicht rechnen die Nationalsozialisten gerade darauf, daß von den Hindenburg-Wählern des 13. März viele zu Hause bleiben, weil ihnen der zweite Wahltag als unnützig erscheint. Aber es werden auch bei den Nationalsozialisten nicht wenige sein, die sich die Zahlen des 13. März noch einmal vornehmen und nachrechnen, ob auch bei stärkstem Aufwand eine Änderung erzielt werden kann. So ist es wohl möglich, daß auf beiden Fronten Überraschungen eintreten können. Die Hindenburg-Ausschüsse, die ihre Aktionspläne für den 10. April dem Reichspräsidenten vorgelegt haben, wollen diesmal, wie man hört, besonders das flache Land bearbeiten. Auch die Nationalsozialisten wollen versuchen, mit ihrer Propaganda diesmal an Schichten heranzukommen, die sie am 13. März nicht erreicht haben, und ebenso planen die Kommunisten, scharfer als bisher ihre Kraft für den Einbruch in die Front der Sozialdemokratie zu verwenden. Für die Hindenburg-Propaganda wird der Hauptschlag wieder die große Agitationsreise des Reichszanlers sein, die ihn von Karlsruhe im Süden des Reiches bis nach Königsberg in Ostpreußen führen wird. Auch der Rundfunk soll wieder dem Hindenburg-Ausschuß zur Verfügung stehen, wahrscheinlich wieder nur der einen Seite und nicht auch der anderen.

Hinter den Kampffronten für den 10. April vollzieht sich aber jetzt schon

der Aufmarsch für den 24. April.

Dabei kommt es zu starken Verschiebungen, und Kampfgesossen des 10. April werden sich nach diesem Tage trennen und als Gegner gegenüberstehen. Die Hindenburg-Front wird sich auflösen, das steht fest. Vielleicht zur Enttäuschung mancher Kreise, die im stillen hofften, diese Hindenburg-Front auch für den 24. April irgendwie zusammenhalten zu können. Die Parteien zwischen Zentrum und Deutschnationalen, die Mittelparteien, die am 10. April mit der Sozialdemokratie noch in einer Linie stehen, wollen nach diesem Tage zur Gegnerschaft gegen die schwarz-rote Koalition übergehen. Die Frage: Wie steht du zum herrschenden System?, die Frage, die bisher für viele durch den Namen Hindenburg verdeckt erschien, wird dann unabweisbar Antwort und Klarheit fordern. Zwischen den sogenannten Mittelparteien sind Versuche im Gange, sie irgendwie für den 24. April zusammenzubringen. Angeblich sollen sich die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Volkstonservativen schon gefunden haben. Die Deutsche Volkspartei jedoch hat schon offiziell erklärt lassen, daß sie ganz selbständig in den Wahlkampf gehen und sich nach keiner Seite binden will. Wünsche nach einer Listenverbindung, die da und dort in ihrer Anhängererschaft geäußert worden seien, könnten aus wahltechnischen Gründen nicht mehr erfüllt werden.

Siegertwald für Hindenburg.

Auf einer Hindenburg-Rundgebung der Zentrumspartei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Siegerwald über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Er führte u. a. aus: Kein Mensch hat etwas dagegen, daß die Nationalsozialisten auf legalem Wege die Verfassung zu ändern suchen. Der Streit geht aber um etwas anderes. Die Nationalsozialisten sagen, sie wollen auf legalem Wege zur Macht kommen, wobei ihre Reden häufig in schroffem Gegensatz zu ihren Taten stehen. Man will die Diktatur, man will wie in Italien neben der Staatsarmee eine Parteiarmeree schaffen und mit dieser dem übrigen deutschen Volk den nationalsozialistischen Willen aufzwingen. Glaubt man, daß der Westen und der Süden eine nationalsozialistische Diktatur rubia hinnehmen

würde? Glaubt man, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter in den Werkstätten sich mit einem solchen Regime abfinden würden? All das, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben — und das war allerlei — würde eine Kleinigkeit sein im Vergleich zu dem, was uns bei einem Hitler-Regime in den nächsten Jahren noch bevorstehen würde. Am 10. April kommt es darauf an, daß Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird. Er hat in seinem arbeitsreichen Leben den Nachweis erbracht, daß er in schweren Stunden Gemeinschaften der verschiedensten Art zusammenzuhalten versteht.

Graf Westarp spricht nicht im schwarz-rot-gold geschmückten Saale.

Deuthen, 3. April. Im Sonntag sollte Graf Westarp auf einer vom Hindenburg-Ausschuß einberufenen öffentlichen Kundgebung für die Wiederwahl des Reichspräsidenten am Kaiserhof sprechen. Von dem Reichsbanner, das in erheblicher Stärke zu der Versammlung erschienen war, war im Saale eine schwarz-rot-goldene Fahne angebracht worden. Nachdem die Versammlung längere Zeit auf Graf Westarp gewartet hatte, erschien der Versammlungsleiter und erklärte, Graf Westarp würde sich selbst und seiner langjährigen politischen Vergangenheit untreu werden, wenn er in einer Versammlung spräche, die einseitig unter schwarz-rot-goldener Flagge stattfinden sollte. Er achte wohl die Symbole des Reiches. Es entspreche jedoch nicht der überparteilichen Haltung des Hindenburg-Ausschusses, eine Versammlung ausschließlich unter schwarz-rot-goldener Flagge abzuhalten. Da die Versammlung es ablehnte, die schwarz-rot-goldene Fahne entfernen zu lassen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden aufgelöst.

Hindenburg an den Stahlhelm.

Die Landvolknachrichten verbreiten eine Meldung, wonach sich Reichspräsident von Hindenburg nachdrücklich vor diejenigen Stahlhelmmitglieder stelle, die ihm im ersten Wahlgang die Treue gehalten hätten und deshalb vom Stahlhelm gemahregelt worden seien. Er habe die Bundesleitung des Stahlhelms aufgefordert, ihm bis zum 5. April mitzuteilen, ob sie bereit sei, die Maßregelungen zurückzunehmen.

Von seiten des Stahlhelms verlautet hierzu, daß sowohl die beiden Bundesführer als auch der Bundeskanzler gegenwärtig nicht in Berlin weilten, daß aber tatsächlich ein Schreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg vorliegen dürfte, das nur durch eine Indiskretion der Öffentlichkeit bekanntgeworden sein könne.

Hitter auf der Agitationsreise.

Die Nationalsozialisten begannen nach Ablauf des Osterfriedens in allen Teilen des Reiches am Sonntag den angekündigten Kampf um die Reichspräsidentenwahl mit großen Kundgebungen. In Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen sprach der nationalsozialistische Führer und Reichspräsidentenandidat Adolf Hitler. Er führte u. a. aus, er werde in dieser Woche täglich in mehreren Versammlungen direkt zum Volke sprechen. Seine Gegner hätten in den dreizehn Jahren ihrer Herrschaft nichts aufzuweisen vermocht, auf das sie stolz sein könnten. Die Parteiherrschaft, die sich 1918 an die Stelle der Herrschaft der Monarchen gesetzt habe, habe nicht ein einziges Mal das deutsche Volk zur Einmütigkeit in irgendeiner Frage zusammenfassen können. Wie könne man da einer Bewegung, die 13 1/2 Millionen Menschen unter einem politischen Gedanken vereinigt habe, den Vorwurf machen, sie zerpfittere Deutschland? Der Vorwurf, der Nationalsozialismus werde die Wirtschaft zerföhren, sei deshalb nicht stichhaltig, weil die herrschenden Klassen seit dreizehn Jahren an dieser Zerstörung der Wirtschaft gearbeitet hätten. Hitler schloß mit den Worten: Man könne Nationalsozialisten töten, man könne auch ihn töten, aber kapitulieren werde weder er noch seine Bewegung. Der Kampf, den der Nationalsozialismus geführt habe, werde weitergehen bis zum Sieg. Am 10. April werde eine Schlacht geschlagen werden. Am 11. April beginnt ein neuer Kampf. Der 24. April werde eine neue Schlacht bringen und am 25. April werde der Kampf der Nationalsozialisten weitergehen, bis endlich Deutschland frei sein werde.

In Dresden sprach auch Reichstagsabgeordneter Goering, der betonte, daß jeder Deutsche am nächsten Sonntag zu entscheiden habe, ob in Deutschland endlich eine Zeit des Aufstieges anheben oder ob noch weitere sieben Jahre das gegenwärtige System am Ruder bleiben solle.

In Leipzig sprach Prinz August Wilhelm von Preußen, der Hitler den „Führer des kommenden Deutschland“ nannte. Er habe in den Jahren seiner Tätigkeit Millionen hinter sich gebracht. Nie habe er nachgegeben, wenn man versucht habe, ihn einzuspinnen in politische Bündnisse.